

Niederschrift der Sitzung des
GEMEINDERATS

Sitzung Nr. 3 Ö am Dienstag, 28. März 2006

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Alexander Eger

Die Gemeinderäte: Back Udo Klemenz Birgit

Knopf Horst

Edinger Jürgen Köck Siegfried

Geider Adolf Lang Robert

Götzmann Walter

Haffner Gerhard Rössler Beate

Hambeck Otto Runde Anneliese

Dr. Paul Hanke

Heger Roman Schlett Andreas (ab 19.30)

Heger Rudi Speckert Ferdinand

Ippensohn Karl Weinlein Albert

Beigeordneter: Anton Kremer

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Herr Kleiber, Herr Dietz

Herr Zorn

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Sitzungsende: 21.15 Uhr

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 19. März 2006 ordnungsgemäß eingeladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 19 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: GR Rouven Dittmann (beruflicher Termin)

GR Achim Schell (Urlaub)

GR Ludwig Mann

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergeht nachträglicher Glückwunsch zu den Geburtstagen der Herren Gemeinderäte Udo Back und Siegfried Köck.

Bürgermeister Eger informiert, dass die in der Einladung angekündigte nicht-öffentliche Information zum ÖPNV am 9.05.2006 nicht stattfindet, weil ein Vertreter des VRN den Termin nicht wahrnehmen kann. Die Veranstaltung wird auf einen anderen Termin verlegt.

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 31.01.2006 gefassten Beschlüsse

Ausführungen und Beschluss:

Beigeordneter Kremer gibt die in der Sitzung am 21.02.2006 nicht öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt.

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen.

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden die Damen Gemeinderätinnen Beate Rössler und Anneliese Runde als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung.

Ausführungen und Beschluss:

Feuerwehrkommandant Willi Hofmann fragt, ob eine Frage direkt an den Gemeinderat gerichtet werden kann.

Bürgermeister Eger verneint dies.

Kommandant Willi Hofmann fragt die Verwaltung, ob man weiß, was Herr Gemeinderat Robert Lang der St.Leoner Feuerwehr unter Punkt Verschiedenes vorwirft. In der letzten Sitzung habe Gemeinderat Lang erklärt, dass zwei Einsätze schief gelaufen sind und die Einsatzbereitschaft der St.Leoner Feuerwehr angezweifelt wird.

Hauptamtsleiter Braun erklärt, dass eine Nachfrage bei der Freiwilligen Feuerwehr St.Leon ergeben hat, dass man sich einen Einsatz vorstellen könne, um den es sich handeln kann. Beim Brand in der Tiefgarage des Gemeindehauses in der Franziskusstraße habe die Feuerwehr eigene weitere Kräfte nach alarmieren wollen, die Feuerwehrzentrale habe dann versehentlich die Roter Wehr alarmiert. Mehr wisse der St.Leoner Kommandant nicht vor allem weil er nicht, weshalb nach der Einsatzfähigkeit seiner Wehr gefragt wurde.

Herr Helmut Fellhauer bittet darum, dass zur Information der Zuhörer vermehrt auf die Geräte zurückgegriffen wird, damit die Äußerungen verständlich werden und die Pläne die Ausführungen verdeutlichen.

Bürgermeister Eger erklärt, dass man sich darum bemühen werde.

Herr Höschele fragt, was die Gemeinde wegen des starken Verkehrs in der Zwetschgenallee unternehme.

Bürgermeister Eger informiert über eine Veränderung im letzten Jahr, wonach eine Abschränkung am Anfang der Zwetschgenallee nach hinten an den Waldbeginn versetzt wurde, um den PKW-Verkehr an die Baggerseen zu unterbinden. Auslöser der Verlegung sei gewesen, dass die vordere Schranke immer offen gestanden habe, weil die Berechtigten mit

Schlüssel sie nicht mehr geschlossen haben. Diese hintere Schranke sei bald umgefahren worden. Inzwischen sei sie wieder repariert worden, sodass im Sommer der Verkehr Richtung Baggerseen unterbunden ist.

Herr Höschele berichtet von starkem Verkehr auf der Zwetschgenallee, die nicht zu den Baggerseen fahren, sondern die Strecke als Umfahrung zu nutzen scheinen.

Bürgermeister Eger erklärt, dass der Verwaltung bisher nur der Schleichverkehr zu den Baggerseen bekannt war.

Nach Aufforderung nimmt seitens der Polizei **Gemeinderat Walter Götzmann** Stellung und erklärt, dass die Verwaltung die Errichtung der vorderen Schranke zugesagt hat, die verstärkt werden müsse, um Beschädigungen zu unterbinden. Nur damit sei der Durchgangsverkehr zu vermeiden.

Kommandant Willi Hofmann meldet sich noch mal zu Wort und erklärt, dass er gesehen habe, dass ein Gemeinderat Antwort geben darf.

Bürgermeister Eger weist darauf hin, dass Gemeinderat Götzmann als Vertreter der Polizei gesprochen habe.

Kommandant Willi Hofmann fragt Herrn Gemeinderat Lang, was man der Feuerwehr St. Leon eigentlich vorwerfe. Da es um die Frage der Einsatzbereitschaft gehe könne man den Vorwurf nicht so einfach stehen lassen.

Bürgermeister Eger erklärt, dass der Vorwurf im Gespräche geklärt und die Feuerwehr entsprechend informiert wird.

Herr Bechberger spricht die Gasse beim Gasthaus „Löwen“ in St. Leon an, die in die Marktstraße mündet. Er spricht einen Unfall an, der dort mit einem Radfahrer geschehen ist. Er bittet darum, die Situation bei der Verkehrstagfahrt zu besprechen.

Sitzung am: Dienstag, 21. Februar 2006 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 4

4. Beschlussfassungen zum Gemeindehaushalt 2006

4.1 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde

4.2 Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe

- **Gemeindewasserversorgung**
- **Erholungsanlage St. Leoner See**
- **Abwasserentsorgung**

Ausführungen und Beschluss:

Beigeordneter Kremer geht in seinen Ausführungen auf die grundlegenden Zahlen des Haushaltsplanes der Gemeinde und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Gemeindewasserversorgung, Erholungsanlage St. Leoner See und Abwasserentsorgung ein. Er stellt die Details mit Hilfe einer PC-Präsentation vor; die gezeigten Seiten sind diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Er berichtet von einem in Ausschusssitzungen modifiziertem Rekordhaushalt in Höhe von rund 39 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt und 21 Millionen Euro im Vermögenshaushalt, der nun zur Beschlussfassung ansteht. Er untermauert dies mit Zahlen aus dem Verwaltungshaushalt besonders hinsichtlich der Steuern und Umlagen und geht anschließend auf den Vermögenshaushalt ein. Zum Rathaus berichtet er, dass die für den Rückkauf vorgesehene Rücklage bereits nach 10 Jahren ausreicht, diesen vorzunehmen.

Beigeordneter Kremer erläutert die Kennzahlen für die Eigenbetriebe und führt zum Schluss aus, dass der Beschlussvorschlag zu Gemeindewasserversorgung in § 2 um eine Kreditermächtigung in Höhe von 840.000 Euro ergänzt werden muss, um bei der Gemeinde die Finanzierung des Kaufs des Rathauses und der Kindergärten zu ermöglichen. Die bisher von der Gemeinde ermöglichten Darlehen werden auf dem Kapitalmarkt ebenfalls günstig beschafft.

Er geht auf die in der letzten Ausschusssitzung festgelegten Änderungen ein, die in den Haushalt eingearbeitet wurden.

Gemeinderat Albert Weinlein geht auf den Haushaltsplan ein und erklärt, dass sowohl organisatorisch als auch finanziell die darin enthaltenen Maßnahmen zu bewältigen sind. Der Plan enthalte auch weittragende Aktivitäten, die in Angriff genommen werden. Sparsamkeit sei für die künftigen Jahre anzunehmen, weil die Gemeinde noch nicht ausreichende Reserven habe bilden können.

Gemeinderat Robert Lang dankt der Verwaltung für die Vorbereitung der Unterlagen, in denen alle Punkte, die vom Gemeinderat im letzten Jahr angeregt wurden, aufgenommen worden sind. Die Finanzsituation der Gemeinde sei sehr gut, allerdings müsse daran erinnert werden, dass die Gemeinde am Anfang einer Entwicklung stehe. Die Schwerpunkte der Freien Wähler sind im Haushaltsplan auch für die Zukunft eingearbeitet wie zum Beispiel die Bädersituation, die Schulen und die Schulhöfe. Es seien auch zweifelhafte Dinge anzusprechen wie zum Beispiel die Trennung des Sportbetriebs des Harres, allerdings seien mit der Veranschlagung im Plan noch keine Entscheidungen getroffen. Seiner Meinung nach müsse man dem Eindruck entgegenreten, dass die Gemeinde alle Wünsche erfüllen können. Es stünden noch viele wichtige Projekte an, wie zum Beispiel Schwimmbäder, Schulhöfe, Gemeindestraßen, ÖPNV, Flurneuordnung und Lärmschutzwand, die noch zu finanzieren sind. Trotz der guten finanziellen Situation müsse man wegen der gemeinsam und sparsam zu erledigenden Aufgaben auf dem Boden bleiben. Mit dem Appell an Verwaltung und Kollegium, sich diesen Wünschen der Freien Wähler anzuschließen, schließt er seine Ausführungen.

Gemeinderat Otto Hambeck wünscht, dass nicht nur bei den Ideen anderer gespart wird und erklärt, dass der Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts davon zeuge, dass es sich das Gremium nicht leicht gemacht habe. Mit den Ansätzen für die Jugendarbeit und das Bäderkonzept seien SPD-Wünsche aufgenommen, allerdings befürchte er, dass der Ansatz für die Verkehrsberuhigung in Rot dieses Jahr nicht zum Tragen komme, weil zunächst die Umgehungsstraße in Betrieb sein müsse. Er spricht den Rekordhaushalt an, der auch Rekordumlagen nach sich ziehe, die durch sparsame Haushaltsführung durch Gemeinderat und Verwaltung zur Verfügung stehen wird. Mit dem Dank an die Kämmerei stimmt Gemeinderat Hambeck dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen zu.

Gemeinderat Rudi Heger spricht die mögliche Zuführung zu den Rücklagen und den vorhandenen finanziellen Spielraum an, trotzdem sei Sparsamkeit von Nöten. Er spricht die Investition für die Freiwillige Feuerwehr Rot an und fragt, ob dafür ein Zuschuss eingehen wird.

Bürgermeister Eger erklärt, dass der Zuschuss beantragt ist und nicht abzusehen ist, ob und in welcher Höhe Zuschuss fließen wird.

Gemeinderat Rudi Heger dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit und stimmt seitens der FDP dem Gemeindehaushalt und den Wirtschaftsplänen zu.

Der Gemeinderat fasst mit der Modifikation um § 2 des Wirtschaftsplanes der Gemeindewasserversorgung folgenden

Gemeinde St. Leon-Rot Niederschrift der Sitzung des GEMEINDERATS

einstimmigen Beschluss:

1. **Die Haushaltssatzung 2006 mit Haushaltsplan wird gemäß Anlage 2 erlassen.**
 2. **Die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe**
 - a) **Erholungsanlage St. Leoner See**
 - b) **Gemeindewasserversorgung St. Leon-Rot**
 - c) **Abwasserentsorgung St. Leon-Rot**
- werden gemäß den beigefügten Anlagen 3-5 beschlossen.**

HAUSHALTSSATZUNG

für das

Haushaltsjahr 2006

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, i.d.F. vom 03. Oktober 1983, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2000 hat der Gemeinderat am 28. März 2006 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 beschlossen:

	§ 1	2006
Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit		
1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je		59.960.900 €
- davon im Verwaltungshaushalt		38.980.900 €
- davon im Vermögenshaushalt		20.980.000 €
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme (Kreditermächtigungen) in Höhe von		-0- €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von		-0- €

	§ 2	
der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf		500.000 €

	§ 3	
die Hebesätze werden festgesetzt:		
1. für die Grundsteuer		
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf		200 v.H.
b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf		200 v.H.
der Steuermeßbeträge		
2. für die Gewerbesteuer auf		300 v.H.
der Steuermeßbeträge		

St.Leon-Rot, den 29. März 2006


Der Bürgermeister:

EIGENBETRIEB ERHOLUNGSANLAGE ST. LEONER SEE		
Bade- und Freizeiteinrichtungen der Gemeinde St. Leon-Rot		
68789 ST.LEON-ROT		
RHEIN-NECKAR-KREIS		
		BESCHLUSS 2006
		
Der Gemeinderat St. Leon-Rot hat am 28.03.2006 folgenden Beschluß zum Wirtschaftsplan 2006 des Eigenbetriebs Erholungsanlage St. Leoner See gefasst:		
§ 1		
Der Wirtschaftsplan für das Rechnungsjahr 2006 wird im		
Erfolgsplan		
beim Aufwand und Ertrag auf je		1.192.900,00 €
und im		

Gemeinde St. Leon-Rot Niederschrift der Sitzung des GEMEINDERATS

<u>Vermögensplan</u>		
a) in den Einnahmen und Ausgaben auf je		700.100,00 €
b) die Verpflichtungsermächtigungen auf		
sowie das		
<u>Jahresergebnis</u>		
mit einem Gewinn in Höhe von		79.800,00 €
festgesetzt.		
§ 2		
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen wird auf		1.375.000,00 €
festgesetzt.		
§ 3		
Der Höchstbetrag der Kassekredite wird auf		100.000,00 €
festgesetzt.		
St. Leon-Rot, den _____		Der Betriebsleiter:

		Kremer
EIGENBETRIEB WASSERVERSORGUNG		
68789 ST.LEON-ROT		
BESCHLUSS 2006		
Wirtschaftsplan 2006		
Der Gemeinderat St. Leon-Rot hat am 28.03.2006 folgenden Beschluß zum Wirtschaftsplan 2006		
des Eigenbetriebs Wasserversorgung St. Leon-Rot gefasst:		
§ 1		
Der Wirtschaftsplan für das Rechnungsjahr 2006 wird im		
<u>Erfolgsplan</u>		
beim Aufwand und Ertrag auf je		935.300,00 €
und im		
<u>Vermögensplan</u>		
a) in den Einnahmen und Ausgaben auf je		315.200,00 €
b) die Verpflichtungsermächtigungen auf		- €
festgesetzt.		
§ 2		
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen wird auf		840.000,00 €
festgesetzt.		
§ 3		
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf		50.000,00 €
festgesetzt.		
St. Leon-Rot, den _____		Der Betriebsleiter:
		Kremer

EIGENBETRIEB ABWASSERENTSORGUNG		
68789 ST.LEON-ROT		
		BESCHLUSS 2006
		
Der Gemeinderat St. Leon-Rot hat am _____ folgenden Beschluß zum Wirtschaftsplan 2006 des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung St. Leon-Rot gefasst:		
§ 1		
Der Wirtschaftsplan für das Rechnungsjahr 2006 wird im		
Erfolgsplan		
beim Aufwand und Ertrag auf je		1.883.000,00 €
und im		
Vermögensplan		
a) in den Einnahmen und Ausgaben auf je		1.047.710,00 €
b) die Verpflichtungsermächtigungen auf festgesetzt.		- €
§ 2		
Der Höchstbetrag der Kassekredite wird auf festgesetzt.		125.000,00 €
St. Leon-Rot, den _____		Der Bürgermeister:

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Übertragung von Haushaltsmitteln des Verwaltungshaushaltes	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Übertragung von Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2005 für die in der beigefügten Anlage aufgeführten Maßnahmen in der erforderlichen Höhe zu.

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
6. Flächennutzungsplan 2020 mit Landschaftsplan:	
6.1 Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen im Rahmen der Offenlage	
6.2 Feststellungsbeschluss.	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger informiert, dass die Gemeinde an der letzten Verfahrensstufe stehe, bevor der Plan durch das Landratsamt zu genehmigen ist.

Bauamtsleiter Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und geht auf die eingegangenen Anregungen ein. Er erwähnt, dass positive Stellungnahmen der Hauptkritiker, des Regionalverbands und der Raumordnungsbehörde, eingegangen sind, was für die Genehmigung des Planes von Vorteil ist.

Die nachfolgende Erklärung von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird gemäß § 31 Absatz 3 im Wortlaut übernommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Eger, wir haben den Flächennutzungsplan ja mittlerweile mehrfach vorberaten und wir gehen davon aus, dass wir hier ein gutes Ergebnis für die Zukunft für unsere Gemeinde erreicht haben. Ich hatte bereits in der Sitzung Umwelt und Technik den Punkt wegen der zusätzlichen Abfahrt der Erweiterung Gewerbepark Schiff Richtung Norden angemahnt, dass wir diesen Passus nicht herausnehmen sollen und in der Fraktionsitzung haben wir einstimmig oder sind einstimmig der Meinung, dass wir diesen Passus drin lassen müssen. Denn Sie haben es schon erklärt damals, ich oder wir sind der Meinung, dass man den Spatz, den man in der Hand hat, nicht fallen lassen soll und wir können uns nicht vorstellen, dass diese Kleinigkeit das Thema dermaßen und den Flächennutzungsplan komplett über den Haufen wirft und wir sind der Meinung, dass wir hier drauf bestehen sollten. Ich appelliere an die Fraktionen an alle den Weg mitzugehen und wenn nicht wollten wir den Passus oder diesen Punkt extra abgestimmt haben. Und ich bitte auch um Aufnahme ins Protokoll. Vielen Dank.

Gemeinderat Gerhard Haffner erinnert an die Beratung mit dem Ausschuss, bei der man sich darauf geeinigt habe, die weitere Anbindung herauszunehmen. In Beratungen seiner Fraktion habe man den Punkt diskutiert und war zu der

Gemeinde St. Leon-Rot Niederschrift der Sitzung des GEMEINDERATS

Meinung gekommen, die zweite Anbindung im Flächennutzungsplan zu belassen. Seine Fraktion könne dem jeweils zustimmen.

Gemeinderat Otto Hambeck fragt nach den Auswirkungen, die die Aufnahme einer weiteren Anbindung des Gewerbegebietes auf den Kreisels oder insgesamt habe.

Beigeordneter Kremer erklärt, dass der vorliegende Flächennutzungsplan mit den wesentlichen Behörden abgestimmt ist, die den 5. Arm des Kreisels positiv sehen. Die jetzt nicht enthaltene weitere Anbindung des Gewerbegebietes könne gefordert werden, wenn die Entwicklung des Gewerbegebietes in Richtung Bebauung und Verkehr weitergehe. Dadurch könne die Gemeinde die Anbindung ganz anders begründen, als jetzt in der Planung. Um den Plan nicht zu gefährden, sollte man die Anbindung nicht ausweisen, auch wenn die Gemeinde diese weiter verfolge. Derzeit sei die Erschließung mit dem 5. Arm ausreichend.

Gemeinderat Andreas Schlett meint, dass es politisch klüger wäre, die weitere Anbindung erst später zu verfolgen. Dies sei erfolgversprechender, auch wenn er der Meinung von Gemeinderat Ittensohn zustimme. Deshalb sei der Äußerung von Beigeordnetem Kremer zuzustimmen und die Gemeinde sollte bei der bisherigen Planung bleiben.

Er fragt Herrn Kleiber nach der Aussage in den Unterlagen, wonach es am Rauenberger Weg zu Konflikten mit einem landwirtschaftlichen Betrieb kommen könne. Seiner bisherigen Erfahrung nach habe er keine entsprechenden Aktivitäten festgestellt.

Bauamtsleiter Kleiber antwortet, dass es sich um den Aussiedlerhof Becker, Rauenberger Weg 4, handle, für den der Ausschuss Umwelt und Technik in einer der nächsten Sitzung einen Bauantrag zu behandeln habe, weil wieder etwas aktiviert werde.

Gemeinderat Rudi Heger favorisiert den 5-armigen Kreisels und spricht sich dafür aus, die weitere Anbindung dann zu fordern, wenn die Bebauung entsprechend vorliegt.

Gemeinderat Robert Lang schlägt vor, bei der Anregung des Regierungspräsidiums in der Stellungnahme der Verwaltung hinter dem Wort kann entweder „zurzeit“ oder „bei gleichbleibender Belastung“ einzufügen. Dadurch werde kein kompletter Verzicht erklärt.

Bürgermeister Eger führt aus, dass der 5-armige Kreisels durch harte Verhandlungen der Verwaltung mit der Straßenbauverwaltung erreicht wurde. Dabei habe die Gemeinde erkennen lassen müssen, dass sie nicht beide Anschlüsse gleichzeitig wolle, der Kreisels jedoch für die Erschließung Priorität habe. Die Aussage von Beigeordneten Kremer sei zu unterstreichen, dass das Ziel der weiteren Anbindung für das Gewerbegebiet „Im Schiff“ entsprechend der Bebauung aufgegriffen wird. Mit dem vorgeschlagenen Kompromiss könne man leben. Er schlägt vor, das Wort „zur Zeit“ einzufügen.

Bürgermeister Eger schlägt vor, diesen Punkt zu modifizieren.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Der Gemeinderat nimmt die im Rahmen der Offenlage der Planungsunterlagen vom 23.01. bis 23.02.2006 vorgebrachten Anregungen seitens der beteiligten Fachbehörden sowie der Bürger zur Kenntnis und beschließt die in der beigefügten Liste beigefügten Abwägungsvorschläge mit der hier vorgetragenen Modifizierung.**
2. **Der Flächennutzungsplan 2020 mit Landschaftsplan wird hiermit festgestellt.**

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 7

Vorstellung der Planungen zur P + R-Anlage Am Bahnhof Rot/Malsch, 2. Bauabschnitt

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Siegfried Köck spricht sich für eine Steigerung der Attraktivität des ÖPNV aus. Deshalb sei die Erweiterung der Park- und Ride- Anlage zu begrüßen. Wegen der beabsichtigten Überlappung mit dem KVV-Tarifgebiet sei die Verwaltung aufgefordert, die Bustaktzeiten der Linie 719 gezielt zu verbessern.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke sieht den Bedarf und begrüßt die Erweiterung der Anlage. Die Längsparkplätze entlang der Bahnhofstraße seien deswegen anzusprechen, weil die oft als LKW-Parkplätze missbraucht werden. Es solle auch geprüft werden, inwieweit Senkrechtparkplätze besser sind.

Bauamtsleiter Kleiber schlägt zur Beseitigung der geschilderten Gefahr vor, nach jeweils zwei Längsparkplätzen eine kleine Grünzäsur vorzusehen, die das Parken verunmöglicht. Zu den Senkrechtparkplätzen sei festzustellen, dass die Tiefe des Geländes bereits jetzt nicht ausreiche.

Gemeinderat Rudi Heger bittet als Betroffener darum, dass gegenüber den vorgesehenen Längsparkplätzen Parkverbot angeordnet wird, weil Busfahrer Probleme beim Ausfahren haben.

Bürgermeister Eger sagt zu, dies vor Ort anzuschauen und Entsprechendes in die Wege zu leiten.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Planung mit der Maßgabe zu, dass bei den Längsparkplätzen an der Bahnhofstraße Vorkehrungen gegen unbefugtes Parken zu treffen sind.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Beihilfeanträge zu formulieren. Die Ausführung erfolgt nach Erteilung des Beihilfebescheides. Zwischenzeitlich wird das beschriebene dargestellte Provisorium hergestellt.

Die Gemeinde wird sich wie bisher mit 50 % an den Kosten beteiligen.

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 8

Anbau eines Sanitärtraktes an das Vereinsheim;

Erhöhung des Zuschusses

Änderung der Förderrichtlinien

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiter Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Eger erinnert an den Antrag des SSV Rot, dem dieser Antrag gefolgt ist. Damals sei beschlossen worden, dass die Materialkosten bezuschusst werden. Hinsichtlich der Förderrichtlinien bitte er um Hinweise.

Gemeinde St. Leon-Rot Niederschrift der Sitzung des GEMEINDERATS

Gemeinderat Roman Heger erinnert daran, dass mit der Entscheidung beim SSV Rot die Tür geöffnet wurde. Die höheren Materialkosten beliefen sich auf rund 76.000,- Euro, weshalb er nicht verstehe, weshalb der Betrag auf 44.000 Euro gekürzt wurde.

Hauptamtsleiter Braun erläutert, dass dem Antrag Planzahlen aus dem Jahr 2001 zu Grunde lagen, die Maßnahme inzwischen abgerechnet wurde. Von den abgerechneten Beträgen müsse ausgegangen werden.

Gemeinderat Roman Heger betont, dass die von ihm geäußerte Zahl nachgewiesen werden kann, weshalb man sich deswegen unterhalten sollte.

Hauptamtsleiter Braun unterstreicht nochmals, dass die ermittelten Materialkosten auf der Abrechnung des Vereins beruhen und mit dem Vorsitzenden des Vereins abgestimmt wurden.

Die nachfolgende Erklärung von **Gemeinderat Adolf Geider** wird gemäß § 31 Abs. 3 Geschäftsordnung im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Vorab Herr Braun, können Sie mir sagen, wie hoch der umbaute Raum ist von dem VfB Clubhaus?

Die cbm-Zahlen würden mich interessieren.

Werte Damen und Herren, Herr Bürgermeister, zum Tagesordnungspunkt 8 möchte ich heute Stellung nehmen, da ich als Mitglied des Sportschützenvereins Rot der hier erwähnt wird, über Zuschüsse gut informiert bin. Im Jahre 2004 bei der Einweihung des Sanitärgebäudes St. Leon VfB war ich als Gemeinderat anwesend. Damals war schon die Rede vom teuren Euro gegenüber der D-Mark und dass man die Kosten nicht halten konnte. Und es war auch die Rede, dass man 60.000 Euro nachfordert und von der Gemeinde erhalten habe. War das nicht schon eine Ausnahme? Hier ist Aufklärung notwendig und deshalb habe ich ein paar Fragen an die Vereinsführung sowie an die Verwaltung.

Wieso gab es eine Sonderregelung von 16.900 Euro? Auch eine Ausnahme? Wieso hat man von 2004 bis jetzt mit dem erweiterten Zuschussnachtrag gewartet? Wollte man dem Nachtrag des Sportschützenvereins, der ja gerechtfertigt ist, nicht gleich hinterher kommen? Wieso hat man nicht erst beim BSB nachgefordert und nur bei der Gemeinde? Wie kann man Materialkosten erstellen, die noch nicht erledigt sind? Wieso hat der BSB 46.200 gestrichen oder abgelehnt? Wieso hat man den gestrichenen BSB-Zuschuss 46.200 über die Gemeinde gefördert, auch ohne Ausnahme? Auch eine Ausnahme? So, Herr Braun, wieso hat man den Gemeinde-Zuschuss für den Bau des Sanitärgebäudes schon restlos ausbezahlt, obwohl der Außenputz noch fehlt? Beim Sportschützenverein wurde er zurückbehalten bis zur Fertigstellung. Hier sollte doch eine einheitliche Regelung sein. Was läuft hier noch so alles? Auch eine Ausnahme?

Zum Sportschützenverein, der Gemeinderat hat am 22.10.2005 seine Genehmigung nur erteilt, weil ein erhöhter Zuschuss vom BSB vorlag und dies zu akzeptieren war. Er betrug 12.000 Euro. Die ganze Sache trage ich nicht im Namen der Freien Wähler vor, es kann jeder frei entscheiden ob er glaubwürdig sein will oder nicht. Meine Meinung, wo Fördergelder gekürzt werden kann man nicht einfach mit Geld des Bürgers ausgleichen, gemeint sind hier Steuergelder, wo ist hier sparsames Haushalten. Ich habe bis jetzt alle Vereinsförderungen unterstützt, aber diese undurchschaubare, sowie kostenintensive Maßnahme kann ich unter den Gegebenheiten so nicht mittragen und wäre auch anderen Vereinen gegenüber ungerecht. Falls der Beschluss der Gemeindeverwaltung zum Tragen kommt, werde ich Wortprotokoll sowie Akteneinsicht verlangen.

Und jetzt habe ich noch zur, dass man mal sieht was beim Schützenverein ausgegeben wurde und was hier ausgegeben wird. Beim Schützenverein waren die geplanten Kosten DM 256.750, Euro 131.888. Zuschuss der Gemeinde 43.358 Euro. Durch den Nachschlag, den wir dann erhalten sollen, der kommt ja noch, wenn der Haushaltsplan fertig ist, geben es 56.000. Das ist unter einem Drittel gegenüber dem, was der VfB erhalten hat. Und deshalb möchte ich auch die umbaute cbm-Zahl, die möchte ich gerne wissen. Dann kann man nämlich mal vergleichen, was wie wo gespart wurde und wo nicht gespart wurde. Und die tatsächlichen Kosten, Stand im Juli 2005, die waren bei 188.000 Euro und davon sollten wir 62.000 noch bekommen. Auch die Arbeitsstunden, die geleistet wurden hat man uns vorenthalten. Und die gesamten Kosten, wie ich schon sagte sind jetzt bei 56.600 Euro.

Ich bin am Ende mit meiner Ausführung und bedanke mich für das Zuhören.

Auf entsprechende Frage des **Gemeinderates Adolf Geider** erklärt Hauptamtsleiter Braun, dass er den umbauten Raum des vom VfB erstellten Anbaus nicht nennen könne.

Gemeinderat Adolf Geider nimmt zum Tagesordnungspunkt als Mitglied des SSV Rot Stellung und moniert, weshalb der VfB erst jetzt mit dem Antrag komme, weshalb beim Badischen Sportbund kein Antrag gestellt wurde und weshalb die Gemeinde den ausgefallenen BSB-Zuschuss bezuschusst habe. Er betont, dass der Gemeinderat dem erhöhten Zuschuss beim Sportschützenverein Rot nur zugestimmt habe, weil der Badische Sportbund die Erhöhung anerkannt habe. Obwohl er bisher alle Vereinsfördermaßnahmen mitgetragen habe, könne er hier nicht zustimmen. Er geht darauf ein, dass beim Sportschützenverein ein Gesamtzuschuss von 56.000 inklusive Nachschlag gebilligt wurde, was dem Zuschuss für den VfB gegenüber gestellt werden könne.

Bürgermeister Eger ruft die Geschichte des Zuschussantrags in Erinnerung und weist darauf hin, dass beide Maßnahmen nicht direkt verglichen werden können.

Hauptamtsleiter Braun spricht den Ersatz des nichtgewährten Zuschusses des Badischen Sportbundes an, der bei jedem Verein, der auf die Gemeinde zugekommen sei, bezuschusst wurde. Es sei keine Sonderregelung für den VfB oder einen anderen Verein geschaffen worden.

Gemeinderat Weinlein erinnert daran, dass der Gemeinderat bei der Beschlussfassung für den Sportschützenverein Rot die Nachbezuschussung der Materialkosten ermöglicht hat. Er verlasse sich auf die Zahlen der Verwaltung, zumal jeder Gemeinderat im Vorfeld der Sitzung die Möglichkeit habe, Differenzen bei der Verwaltung aufzuklären. Für seine Fraktion könne er Zustimmung zur Beschlussempfehlung signalisieren. Hinsichtlich der für die nächste Sitzung vorgesehenen Änderung der Förderrichtlinien könne er sagen, dass der Gemeinderat bei der Beratung der Erhöhung beim Sportschützenverein und heute beim VfB bereits eine Richtung vorgegeben habe. Man könne jetzt nicht zwei Vereine berücksichtigen und andere dann ausschließen.

Hauptamtsleiter Braun sieht die Beschlüsse bei beiden Vereinen unter dem Gesichtspunkt der durch den Wechsel von DM auf Euro verursachten Kostensteigerung. Eine generelle Öffnung der Nachbezuschussung für alle Vereinsvorhaben öffne Tür und Tor und erziehe die Vereine nicht zur Einhaltung ihrer beim Antrag vorgelegten Zahlen. Darüber müsse bei der vorgesehenen Vorlage diskutiert werden.

Gemeinderat Andreas Schlett spricht die beindruckenden Fragen des Gemeinderates Geider an. Er bezeichnet es als legitim, dass ein Verein einen Zuschussantrag für erhöhte Kosten stellt, wenn er durch das Beispiel eines anderen Vereines

Gemeinde St. Leon-Rot Niederschrift der Sitzung des GEMEINDERATS

die Möglichkeit sieht. Hinsichtlich der Höhe der Materialkosten habe der VfB durchaus die Möglichkeit Kosten nachzureichen oder erhöhte Kosten zu begründen. Bis dahin sei von den von der Verwaltung durchgerechneten Kosten auszugehen, weshalb seine Fraktion für die Beschlussempfehlung plädiere. Seiner Meinung nach sollen in einer Gemeinde ansehnliche Vereinsgebäude stehen, weil diese auch das Ortsbild prägen. Er spricht die Tatsache an, dass beim SSV Rot der Badische Sportbund die Erhöhung bezuschusst hatte und fragt, ob dies im vorliegenden Fall auch der Fall ist.

Auf entsprechenden Einwurf von **Gemeinderat Adolf Geider** weist **Bürgermeister Eger** den Vorwurf zurück, dass hier etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. In solchen Äußerungen sollte man sich zurückhalten.

Hauptamtsleiter Braun antwortet, dass kein eingehender Vereinsantrag darauf geprüft werde, ob ein Zuschuss beim Badischen Sportbund gestellt werde. Es werde jeder eingehende Antrag dem Gemeinderat vorgelegt.

Bürgermeister Eger ergänzt, dass der Zuschussantrag beim Sportbund beim Sportschützenverein ein unterstützendes Argument gewesen war.

Gemeinderat Robert Lang erinnert daran, dass mit der Änderung der Vereinsförderung auch die kleinen Vereine die Möglichkeit hatten, an die Fördertöpfe zu gelangen. Die Mehrkosten des Sportschützenvereins beruhten auf veränderten Bauvorschriften. Deshalb und wegen des Zuschusses des Sportbundes habe der Gemeinderat der Erhöhung des Zuschusses zugestimmt. Deshalb könne der Beschluss zugunsten des Sportschützenvereins nicht herangezogen werden.

Auf den vorliegenden Antrag eingehend, fragt er ob die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind und ob noch weitere Zuschussanträge zu erwarten sind. Diese Fragen seien zu beantworten.

Hauptamtsleiter Braun geht auf die Historie ein und erklärt, dass anhand der zu schaffenden Fläche ein anrechenbarer Teil von 83 % ermittelt wurden. Damit wurde der zuschussfähige Aufwand ermittelt. Der VfB hat nun den zuschussfähigen Teil der Maßnahme abgerechnet und macht noch Restarbeiten im Bereich der Gasstätte, was den zuschussfähigen Teil nicht berühre. Nach der Abrechnung wurde der Gesamtzuschuss ausbezahlt. Anschließend sei der VfB mit erhöhten Materialkosten an die Gemeinde herangetreten, der Zuschussantrag werde heute behandelt, der vom zuschussfähigen Bauaufwand ausgehe. Die Verwaltung rechne nicht mit weiteren Anträgen.

Bürgermeister Eger bestätigt, dass der Zuschuss des Sportbundes beim SSV Rot eine Rolle gespielt habe. Außerdem das Argument, dass auf die allgemein gestiegenen Baukosten Bezug genommen wurde, die nicht im einzelnen belegt werden konnten.

Gemeinderat Hambeck erklärt, dass bei dieser Vorlage ein abgelehnter Zuschussantrag beim Badischen Sportbund hilfreich gewesen wäre. Es werde zwar eine Teuerung durch den Euro nicht bestätigt, jeder habe es aber gespürt, dass es eine solche gegeben habe.

Gemeinderat Roman Heger bestätigt, dass der Antrag des Sportschützenvereins Auslöser für den Antrag des VfB war, der auf der Kostensteigerung durch den Euro beruhte. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Höhe der Steigerung zu überprüfen.

Bürgermeister Eger klärt, dass nicht die Höhe der Kosten, sondern die Frage den Ausschlag gebe, ob ein Zuschussantrag beim Badischen Sportbund Voraussetzung für die Bezuschussung durch die Gemeinde sei.

Hauptamtsleiter Braun führt aus, dass das Hauptamt in der Regel Anlaufpunkt bei Vereinszuschüssen ist. In diesem Zusammenhang werde immer auf die geltenden Vereinsförderrichtlinien hingewiesen. In der Vergangenheit gab es schon des öfteren Anträge, die die Verwaltung als nicht zuschussfähig ansah, die vom Gemeinderat positiv entschieden wurden. Daraus folgt die Handhabung der Verwaltung, alle eingehenden Anträge dem Gemeinderat auch dann vorzulegen, wenn sie im Grunde nicht förderfähig sind, weil in der Vergangenheit schon des öfteren positiv entschieden wurde. Außerdem habe bisher gerade bei solchen Anträgen niemand danach gefragt, ob ein Zuschussantrag beim badischen Sportbund gestellt wurde. Deshalb werde jeder eingehende Antrag dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Die Verwaltung versuche dabei, diese Anträge auf eine Basis zu stellen, die der Realität entspricht, dies sei auch bei dem vorliegenden Antrag der Fall.

Bürgermeister Eger erinnert daran, dass sich der Gemeinderat auch dann in der Vergangenheit großzügig gezeigt habe, wenn kein Zuschuss des Sportbundes geflossen ist. Außerdem seien grad vor kurzem Zuschüsse beschlossen worden, auch wenn das zur Diskussion stehende Objekt nicht zuschussfähig ist.

Gemeinderat Adolf Geider spricht sich für die Gleichbehandlung der Vereine in der Bezuschussung aus.

Gemeinderat Roman Heger beantragt Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung und bis dahin die erforderlichen Infos hinsichtlich der Materialkosten einzuholen.

Bürgermeister Eger stellt den Vertagungsantrag zur Entscheidung:

Der Gemeinderat beschließt mit 11 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen und bis dahin die Höhe der Materialkosten zu klären.

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö
Verschiedenes

Tagesordnungspunkt: 9

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger bedauert, dass er bei der Jahreshauptversammlung der Roter Feuerwehr am vergangenen Freitag nicht anwesend sein konnte, weil er sich noch in Urlaub befunden habe. Eventuell hätte man dies auch auf diese oder kommende Woche terminieren können. Er verbindet dies mit den Glückwünschen an den wiedergewählten Kommandanten Karl Ittensohn und an seinen Stellvertreter, Herrn Stefan Back.

In der nächsten Gemeinderatssitzung habe der Gemeinderat die Bestätigung der Wahlen beider Feuerwehren vorzunehmen.

Bürgermeister Eger spricht ein Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden wegen der Hüttenbebauung im Gewann „Oberfeld“ an. Er informiert, dass diese Angelegenheit bereits vor längerer Zeit an das Landratsamt weitergeleitet wurde. Die Verwaltung werde beim Landratsamt nach dem Sachstand nachfragen und auch darauf drängen, dass das Landratsamt tätig wird.

Sitzung am: Dienstag, 28. März 2006 Nr. 3 Ö
Wünsche und Anfragen

Tagesordnungspunkt: 10

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Andreas Schlett spricht das Schreiben wegen der ungenehmigten Hütten im Gewann Oberfeld an und erklärt, dass in der letzten Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen wurde, dass dazu Zeugen notwendig sind. Er könne nun zwei Zeugen benennen und ein Lichtbild vorlegen, das die Zustände zeige.

Bürgermeister Eger erklärt, dass die Angelegenheit bereits verfolgt werde. Auch die Beschwerdeführer hätten ungenehmigte Bauten vorgenommen.

Gemeinderat Siegfried Köck informiert im Namen von Eltern, dass gestern Abend beim FC Jugendliche von anderen Jugendlichen angepöbelt wurden, die auch nicht vor Gewalt zurückschrecken. Die Eltern bitten den Gemeinderat und die Verwaltung, aktiv in die Jugendarbeit einzusteigen.

Bürgermeister Eger weist darauf hin, dass die Jugendarbeit mit dem neuen Haushalt auf den Weg gebracht wird. Es läge aber nicht nur an der Gemeindeverwaltung solche Auswüchse zu verhindern, sondern sei auch Aufgabe der Polizei.

Gemeinderat Siegfried Köck fordert dazu auf alles zu tun, die betroffenen Jugendlichen durch professionelle Jugendarbeit von der Straße zu bekommen. Die Freien Wähler bitten in dieser Angelegenheit um Unterstützung.

Gemeinderat Walter Götzmann fragt, ob in der Gemeinde anlässlich der Fußball-WM ebenfalls die Sperrzeit aufgehoben und über eine Vorlage zu beschließen ist.

Gemeinderat Walter Götzmann weist auf die Informationen im statistischen Jahresbericht hin und erklärt, dass bei der Darstellung des Aufwandes für die Beseitigung des wilden Mülls die Stundenanzahl fehlt. Nachdem der statistische Jahresbericht veröffentlicht wird, wäre dies sicher auch für die Bevölkerung interessant, die jede verdächtige Wahrnehmung melden soll.

Gemeinderat Jürgen Edinger bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Gasse „Am Löwen“ in St. Leon als Einbahnstraße in Richtung Leostraße ausgewiesen oder ob eine andere Lösung gefunden werden kann.

Gemeinderat Adolf Geider fragt, ob der Zaun am Wagner See bleibe oder entfernt werde. Laut Aussage des Regierungspräsidiums sei dieser unrechtmäßig angebracht worden.

Bürgermeister Eger weist darauf hin, dass Bauherr der Straße das Land ist, das durch das Regierungspräsidium vertreten werde. Wenn's der Bauherr nicht wisse, könne es die Gemeinde auch nicht wissen.

Gemeinderat Adolf Geider fragt nach, wann die Bauarbeiten an der Umgehungsstraße weitergehen.

Bauamtsleiter Kleiber weist auf die bis vor kurzem herrschende Witterung hin, die Tiefbauarbeiten nicht zugelassen habe. Die Baumaßnahmen werden im April mit der Stellung der drei Brücken fortgeführt.

Gemeinderat Adolf Geider fragt, wann sich die Verwaltung des Themas Verkehrsberuhigung Hinterstraße annimmt.

Bürgermeister Eger antwortet, dass die Unterschriftenaktion bei der Gemeindeverwaltung eingegangen ist und sich die Gemeinde erst mit der Kirchengemeinde in Verbindung gesetzt habe. Weil eine Sperrung der Hinterstraße auch die Kirche und den Kindergarten betreffen würde. Eine telefonische Stellungnahme liegt vor, die aber noch schriftlich vervollständigt wird. Mit dieser Stellungnahme werde die Verwaltung in das Gespräch mit den Antragstellern gehen. Dann folge ein Antrag im Gemeinderat, der möglichst allen Belangen Rechnung trägt.

Nach der Anfrage von Gemeinderat Adolf Geider regt **Gemeinderat Andreas Schlett** im Namen seiner Fraktion an, in der Hinterstraße eine Überwachungskamera im Bereich des verkehrsberuhigten Bereiches ins Kalkül zu ziehen. Er bittet darum, diese Überlegung in die auszuarbeitenden Vorschläge einzubeziehen.

-/-